

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

303 (29.12.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Zeugungspreis: Durch unsere Träger zugestellt 50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 510 M monatlich. Einzelnummern 20 M.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kurlenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonialsache 40.- M, auswärts 50.- M. Die Kolonialsache 150.- M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für arößere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Holztribut

Die Holzforderung erweist sich als Schikane — keine absichtliche Verfehlung Deutschlands

Wie berichtet wird, hat die Reparationskommission ihren gestern mitgeteilten Beschluß in der Frage der Holzlieferungen der deutschen Regierung in einer Note offiziell mitgeteilt. Das Schriftstück ist bereits in Berlin eingelaufen und soll im Wortlaut veröffentlicht werden. Wie man an zuständiger Stelle mitteilt, entspricht der Text der Note in allen Einzelheiten dem durch das Volkshilfsbüro verbreiteten Sabasbericht vom 27. Dezember über die amtliche Mitteilung der Reparationskommission. Jedoch wird dabei nicht von einem „vorläufigen“ Beschluß Deutschlands — von einem manquement volontaire — gesprochen, welcher Ausdruck auch in dem Sabasbericht nur in einem Satze vorkommt; dieser Umstand wie auch die zweifelhafte Zitierung des § 17 in dem Beschluß der Reparationskommission gibt Anlaß zu der Deutung, daß nur ein „manquement“ in Frage komme, nicht aber ein „manquement volontaire“, für das die Bestimmungen des § 18 maßgebend sein würden.

Ueber die Vorgeschichte des Konflikts wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt:
Der deutschen Regierung war von der Reparationskommission Gelegenheit gegeben worden, ihre Auffassung zu der Frage der Nichterfüllung der Holzlieferungen in einer Sitzung am 2. Dezember 1922 in Paris zur Kenntnis zu bringen. Von den deutschen Vertretern wurde anlässlich dieser Verhandlungen folgende Erklärung abgegeben: ...

Am 6. Dezember 1922 erhielt die deutsche Regierung auf mehrfache Anfrage die erste vorläufige schriftliche Mitteilung über die vorausgesetzlichen Anforderungen der alliierten Mächte. Zudem eine formelle Anforderung der Reparationskommission nach nicht vorliegend, hat der Reichskommissar bereits am 15. Dezember 1922 mit den Vertretern der Entente in Paris und dem privaten Wahlbesuch und den Sachverständigen Auftragsmöglichkeiten geprüft. In der Sachverständigenbesprechung mit der Reparationskommission am 10. Januar gab Frankreich seine Forderung an Schnittholz nicht bekannt. Protokolle über diese Sitzung gingen dem Reichskommissar erst Ende Januar zu. Sie machten noch mehrere Rückfragen erforderlich. Der deutschen Regierung sind Mitteilungen über die endgültigen Lieferungen erst am 20. April zugegangen. — Trotz des vorliegenden ungenügenden Materials hat der Reichskommissar bereits am 11. Januar an vorläufige Vorbereitungen getroffen, um die Durchführung der Lieferungen zu sichern. Bereits am 11. Februar wurden die ersten Unterlagen vorgelegt. Als Einhaltungsfrist für die Angebotsabgabe der 27. Februar bestimmt. Bereits vorher waren die Lieferungen der Länder angefordert worden, unter allen Umständen für zu sorgen, daß die geforderten Holzlieferungen der alliierten Mächte zur Verfügung gestellt würden, wozu sie sich unerschrocken bereit erklärten. Das Ergebnis der vom Reichskommissar ohne Preisbewegung beantragten Ausfertigung erbrachte keine Erklärung der geforderten Anforderungen, so daß er sich genötigt sah, auf dem Wege des privaten Kaufs weitere Holzbestände zu tätigen, die aber auch nicht sofort zur vollen Aufbringung führten.

In den Lieferungen, die sich zunächst ordnungsgemäß zu entwickeln schienen, trat plötzlich ein schwerer Rückschlag ein, der alle Berechnungen über den Hausplan warf und die Lieferungen zum Stillstand brachte. Der Reichskommissar hatte seine sämtlichen Bestände in Papiermarkt abgeschrieben. Infolge des Sturzes der Markt konnten die Lieferungen weder den nötigen Wertes beibehalten, noch ihre Beträge in Höhe von 200 Millionen und Transportkosten bedecken. Sie gingen daher bei der Durchführung der Lieferungen dem Ruin entgegen und schließlich die Lieferungen ein. Der Reichskommissar hat anlässlich der Verurteilung der Lieferungen zu erwägen, mußte jedoch diese Verurteilung einstellen. Um zum Ziele zu kommen, hat er dann die Holzregierung gebeten, ihm das Recht zu gewähren, in Anbetracht der Verurteilung der Lieferungen, ihm das Recht zu gewähren, den Holzbeständen auf der Basis von 200 Millionen abgeschrieben. Durch diese unvorhergesehene Situation war aber sehr viel wertvolle Zeit verloren gegangen. Weitere Bemerkungen traten ein durch die Handhabung der Abnahmebestimmungen. In zahlreichen Fällen haben die Abnahmebestimmungen der alliierten Länder größere Anforderungen gestellt, als nach den Protokollen vorgesehen waren. Besonders auf die Vorstellungen der deutschen Regierung, diese Mängel beseitigt wurden, so brachten diese Fälle doch Zeitverluste und Transportkosten mit sich. Die betroffenen deutschen Lieferanten weigerten sich auch, die Lieferungen unter diesen protokollwidrigen Bedingungen fortzusetzen und zogen teilweise ihre Angebote zurück. Gerade in diesem Jahre hatte sich herausgestellt, daß die Forderungen der alliierten Länder auf Holzarten und Holzleistungen unter Bedingungen, wie sie in Deutschland nicht üblich sind, von der deutschen Holzindustrie als erhebliche Erschwernisse empfunden wurden. Diese von den Lieferanten als schikanös empfundene Art der Abnahme erschwerte dem Reichskommissar die Anbringung des Holzes.

Der Ernst der Lage

Besprechungen der Gewerkschaften mit der Regierung
Berlin, 28. Dez. Bei der von den Spitzenverbänden der Gewerkschaften angeregten Besprechung heute nachmittags betonte der Reichskanzler, daß die Regierung es als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Klassen an der Lösung der schwebenden Fragen zusammenzuarbeiten. Die Wünsche der Gewerkschaften betrafen u. a. den zu erwartenden Preis

Die Darstellung schließt mit der Feststellung, daß die Verantwortung in den Ablieferungen auf Umstände zurückzuführen ist, die zu befehligen, die deutsche Regierung nicht in der Lage war, bis zu einem gewissen Teil auch durch die Verzögerung in der Abnahme hervorgerufen wurde. Der Antrag für die Verlängerung dürfte daher der Willkür entbehren.
Anschließend hieran wird noch festgestellt, daß bis Anfang Dezember etwa 50 Prozent der von der deutschen Regierung insoweit für Frankreich, Belgien, Italien und England angetragenen Mengen zur Ablieferung gebracht worden sind. Bereits bei Abgabe des Angebots zu Beginn des Jahres 1922 ist deutscherseits ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es wegen der späten, ohne Schuld der deutschen Regierung erfolgten Anforderung vorerst nicht möglich sein würde, die Lieferungen in dem gesamten Umfang durchzuführen. Der Ausfall erstreckte sich sowohl auf die französischen, wie auch auf die belgische und italienische Lieferungen, in kleinerem Maße auch auf die englischen Lieferungen. Nichtsdestoweniger ist die Feststellung der Verfehlung Deutschlands in der Reparationskommission für die französischen Lieferungen allein beantragt und durchgeführt worden. Die angebotene Menge für Frankreich beläuft sich auf 200 000 Stk Holz, 100 000 Stk Eisen und 55 000 Stk Stahl. Nebenbei sind 55 000 Stk Eisenbahnanlagen und 35 000 Stk Eisenbahnmotoren — Neben. Der Wert der nichtgelieferten Menge beträgt unter Zugrundelegung des Durchschnittspreises der Reparationskommission etwa 2 1/2 Millionen Goldmark. Wenn es auch nicht gelungen ist, die vorgezeichneten Lieferungen in dem vorgeschriebenen Zeitraum zur Ablieferung zu bringen, so glaubt die deutsche Regierung doch, den Nachweis erbracht zu haben, daß sie im Rahmen der tatsächlichen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands alle Anforderungen gemacht hat, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine Verfehlung Deutschlands kann demnach kein zweites Mal als vorliegend angesehen werden.

Die englische Auffassung

London, 28. Dez. Die „Times“ fassen in einem Leitartikel über die britische Auffassung bezüglich der Reparationen aus, daß die Entscheidung der Reparationskommission über den Betrag Deutschlands bezüglich seiner Holzlieferungen für 1923 an sich von geringer Bedeutung wäre, wenn nicht in Paris diese Entscheidung annehmbar als eine grundsätzliche Erklärung angesehen würde, um einen günstigen Einfluß auf die bevorstehende Konferenz der Premierminister auszuüben. Entscheidend bedeutsam ist die französische Regierung die Entscheidung der Reparationskommission in einer verhältnismäßig unwichtigen Frage für die bevorstehende Konferenz zu benutzen. Die britische öffentliche Meinung ist jedoch nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkt der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten. Die internationalisierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage von Sanktionen und Garantien für den Augenblick in den Hintergrund gestellt würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in eine Lage versetzt werden, in der sie jeden Ansporn haben würden, sich ernstlich und für einen längeren Zeitraum dem Werke der Stabilisierung der Welt zu widmen. Da sie in ihrem augenblicklichen ungeordneten Zustande keine regelmäßigen Reparationsablieferungen leisten könnten, müßte ein Moratorium erwogen werden. Während der Zeit des Moratoriums müßten die deutschen Finanzen der Überwachung durch die Alliierten unterworfen werden, jedoch im Falle einer vorläufigen Verfehlung der Deutschen die Bedingungen durchgeführt und das Moratorium aufgehoben werden würde. Dies würde sicher Ansporn genug für Deutschland sein, sich mit jener Reformarbeit zu befassen, die sie vorzunehmen endlich geneigt scheinen. In Frankreich dürften vornehmlich Millionen bezüglich der britischen öffentlichen Meinung bestehen. England sei vollkommen für eine vernünftige und wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems. Es gebe aber keinen Teil der öffentlichen Meinung, die sich für eine aktive Einflußnahme Deutschlands im augenblicklichen Stadium Zwangsmaßnahmen unterstellt, die nur jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Scheitern bringen könnten.

Französische Stimmen

Paris, 28. Dez. Der Abg. Blum beurteilt das Vorgehen Poincarés im „Republique“ außerordentlich hart und scharf, das ganze politische Europa wird aufs Ziel gesetzt und in Gefahr gebracht, weil Deutschland nicht zur rechten Zeit den von Frankreich reklamierten Kubikmeter Holz geliefert hat. Die Feder und das Maßband des Staatsanwalts scheinen dem Sabel des Soldaten vortrefflich zu passen. Auf alle Fälle ist der Konflikt mit England jetzt sicher. Der Westwind Bonar Lows wird nicht geringer sein, als der Wind Georges. — Das „Echo national“ schreibt, man verführe sich, nachdem er Anfangs geschworen habe, jetzt vollkommen entschlossen, das Ruhrgebiet zu besetzen.

und die Frage, wie dessen Erhöhung der werktätigen Bevölkerung ermöglicht werden könne. Der Reichsfinanzminister erklärte, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens getroffen seien und daß die Fälligkeit mit den beteiligten Kreisen im Reich und Land und den wirtschaftlichen Vereinigungen genommen werde. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde auf die starke Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hinzuweisen, die sich als Folgen der Geldentwertung aus veräppter Steuerzahlung anderer ergeben. Der Reichskanzler verwies auf den im Reichsrat vorliegenden Gesetzentwurf und auf die Bemühungen der

Reichsregierung zur scharfen Erfassung und schnelleren Erhebung der Steuern.
Berlin, 28. Dez. Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reichs und der Gemeinden haben gestern, wie die Blätter berichten, beschlossen, die Reichsregierung um unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über die Dezemberbezüge zu ersuchen. In der Eingabe wird auf die Erregung hingewiesen, die durch die Verzögerung der Reichsregierung die Dezemberbezüge zu verbieten, entstanden sei. Falls die Regierung ihre Haltung nicht aufbebe, lehnten die Gewerkschaften die Verantwortung für die Folgen ab.

Ankunft der Louison-Gefangenen
Stuttgart, 28. Dez. Die schon über die Weihnachtstfeiertage erwarteten letzten deutschen Kriegsgefangenen sind gestern mittag in Stuttgart eingetroffen. Leider sind es wiederum noch nicht alle. Einer ist noch zurückgeblieben: Otto Reutter. Er liegt noch transportunfähig im Louisonerspital. Die Heimkehrer machten einen guten Eindruck. Es sind lauter Norddeutsche.

Gemeindearbeiterstreik
Dem „Verl. Sozialanzeiger“ wird aus Jena gemeldet, daß der Streik der thüringischen Gemeindearbeiter sich bis jetzt auf 12 Gemeinden erstreckt, in denen sich besonders Wasser- und Gasdienstleistungen bemerkbar machen.

Verfehlungen

Die Zwischenverhandlungen, die die Zeit zwischen der Londoner Konferenz und dem Beginn der Verhandlungen in Paris ausfüllen, neigen sich ihrem Ende entgegen. Frankreich hat das Vorgehen wieder aufgenommen. Der Rückzug in London, aufgrund dessen offiziell von der Gewaltpolitik in der Frage der Annexion der Rheinlande und der Befestigung des Ruhrgebietes Abstand genommen wurde, erweist sich als ein taktisches Manöver ohne strategische Bedeutung. Wer die gegenwärtige Politik Frankreichs abschätzt, findet das gewohnte Bild. Rheinland und Ruhrgebiet als Hauptstützen und die so oft verlangte Kolonie am Rhein nehmen die erste Stelle ein. Das ist nicht überraschend. Die Strahlkraft der französischen Politik seit dem Abschluß des Versailler Vertrages kennt keine Grenzen. Wie sie im Orient nicht davor zurückschreckt, Verträge zu brechen und den Verbündeten in den Rücken zu fallen, so scheut sie auch vor einem neuen Vorstoß nicht zurück. Da die französische Kammer nach seiner Niederlage in London dem Ministerpräsidenten Poincaré mit einer überwältigenden Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen hat, muß man darauf gefaßt sein, daß auch die Taktik Poincarés beibehalten wird. Eine gewisse Verjüngung erhält die Situation durch den Spruch der Reparationskommission, nachdem in den Verhandlungen eine offizielle Verfehlung Deutschlands festgestellt wird. Man darf wohl einen gut vorbereiteten französischen Schachzug darin erblicken, wenn in dieser Frage gerade in dem Augenblick eine Entscheidung herbeigeführt wird, in dem die Reparationsverhandlungen von neuem aufgenommen werden sollen. Es ist heutzutage, daß sich der Vertreter Englands mit aller Entschiedenheit gegen den Spruch wandte, aber mit seiner Legeheit keine übertragene Bedeutung beizumessen; sie bleibt aber symptomatisch für die Richtung, in der Frankreich vorzugehen gedenkt. Die alte Methode wird beibehalten.

Wie auf der Londoner Konferenz sehr viel davon abhing, ob es der deutschen Regierung rechtsseitig gelang, einen geeigneten Gegenorschlag in die Logikale zu werfen, so hängt auch in Paris ein gut Teil der Entscheidung von einem neuen deutschen Angebot ab. Gerade von den Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ist immer wieder eine aktive deutsche Politik gefordert worden. Das Angebot Deutschlands in London hat, auch wenn es abgelehnt wurde, gezeigt, wie sehr man auch auf der Gegenseite, soweit sie nicht von Frankreich abhängig ist, auf eine aktive Einflußnahme Deutschlands wartet. Die Regierung Cuno hat jetzt seit ihrem Regierungsantritt Zeit genommen, um sich darüber klar zu werden, in welcher Richtung sie das aktive Programm wirksamer gestalten will. Leider enthielt das Londoner Angebot mehr Richtlinien als positive Vorschläge. Es liegt also nahe, diese Richtlinien, die dem nicht vom Zerfall der Welt besessenen Teil der Entente an und für sich als geeignete Grundlage erschien, zu verdichten und positiv zu fassen, was Deutschland zu leisten imstande ist, was es ohne weitere Verzögerung des Wirtschaftslebens an Sicherheiten zur Durchführung des Moratoriums zu geben vermag, und wie es sich die Schuldregelung für die Zukunft denkt. Nur ein Angebot, das das Problem in diesem Ausmaß erschöpft, hätte nach den Londoner Erfahrungen Aussicht, ein Gegengewicht zu werden, mit dem man in Paris operieren kann.

Herr Cuno hat sein Ministerium als ein Kabinett der Weisheit eingeführt. Man kann nicht sagen, daß Cuno die bisher geführten Verhandlungen um einen Schritt weiter geführt hat als Herr Wirth. Reichskanzler Wirth hatte feinerzeit den Willen, seine politischen Handlungen nicht nur von der Interessenpolitik der Industrie leiten zu lassen; bei Herrn Cuno schrumpft dieser Wille von Tag zu Tag mehr zusammen. Wie die Industrie ihn „Wir können nicht“ spricht, läßt er auch das Kabinett ein „non possumus“ sprechen. Das wirkt in London lähmend; es könnte in Paris verheerend wirken, und die Verfehlungen, die Poincaré zu Unrecht feststellen läßt, könnten auf anderem Gebiete wirtschaftliche Verfehlungen der deutschen Regierung werden, weil sie es nicht versteht, mit starkem Willen zur rechten Zeit das rechte Wort zu sprechen.

Graf Bernstorff und Ludendorff

Ein Leser in Baden-Baden schreibt uns: „La vérité est en marche“ — die Wahrheit ist im Anmarsch, überschrieb Pola jene berühmte großherzige Anklagechrift gegen Sabel und Weibraun-Fessel, gegen Militärpartei und Militaristen, als der Dreyfuß-Prozess Frankreich in zwei Lager spaltete. Damals war Clemenceau, der heute als „Tiger“ deutsche Frauen und Kinder würgt, ein junger Mann, der mutig und ideal neben Pola in die Schranken trat, um den Kampf für die Wahrheit zu kämpfen. Erkennen wir es an, es gab viele wahrheitsliebende und ehrenhafte Menschen in Frankreich, daß die Wahrheit siegte, daß Frankreich sich rein wusch von der Schmach der Deutscher, von Sabelautokratie und Merusherrschaft. Möge die deutsche Sozialdemokratie, die viel verleumdete, den Ruhm haben, für die Wahrheit zu kämpfen. — Für den, der Wahrheit sucht, ist Bernstorffs Buch eine rechte Weihnachtslektüre, und deshalb soll der „Volkfreund“ darauf hinweisen, wenn das Buch von anderen folgeschwiegen wird. Was sagt es auf 400 berechneten Seiten? Nichts anderes, als daß es nur der uneingeschränkte U-Bootkrieg war, der Amerika in den Krieg trieb, daß es nur der uneingeschränkte U-Bootkrieg war, der uns vernichtete. Auf jeder Seite des Buches, das darum einen hohen Wert hat, weil es die Wahrheit bringt, steht nichts anderes als dies, was will Ludendorff dagegen einwenden? Wir haben bis jetzt nicht gehört, daß er vermocht hätte, sich dagegen sachlich zu verteidigen.

Als Wallin den Kaiser warnte, den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu gestatten, als er, der Amerika-Kenner, auf die ungeheuren Hilfsmittel dieses Landes hinwies, da hieß es — auch dies sagt Bernstorff —: „Man darf diejenen Schwarzseher Wallin nicht mehr zum Kaiser lassen!“ Immer wieder und wieder gab Bernstorff seine Berichte nach Berlin, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg den Krieg mit Amerika bedeute. Es wurde ihm erwidert, daß der U-Bootkrieg England lahm, bevor Amerika eingreifen könne, vernichtet haben werde. Ludendorff sagte, daß er darüber absolut verlässliche Orientierung habe.

Noch im Jahre 1917 war man in Amerika davon überzeugt, daß Deutschland nicht besiegt werden könne, und Wilson wollte sich die Rolle des Friedensvermittlers nicht nehmen lassen. Wir hätten einen glücklichen Frieden haben können. Daß es anders gekommen ist, das ist die Schuld derer, die das große Spiel spielten, die „absolut sicher“ orientiert waren, statt sich mit einem „Nemis“ zu begnügen.

Das Volk gab seine Kräfte, opferte sich und wurde geopfert.

„La vérité est en marche“, die Wahrheit ist im Anmarsch. Möge aber die Welt, wenn nicht die unserer blinden Feinde, so doch die der Neutralen, sehen, daß es Leute in Deutschland gab, die sich redliche Mühe gaben, den Krieg zu beendigen. Mögen auch die Rechtsradikalen sehen, daß ein Jude, Wallin, Deutschland ebenso retten wollte vor der Katastrophe, wie die Sozialdemokratie und Graf Bernstorff sich ebenfalls bemühten.

Krieg und Generalfreist

Diese Fragen wurden auf dem Weltfriedenskongress im Haag lebhaft debattiert. Der Kongress nahm zwei Entschlüsse an, die wir im „Volkfreund“ zum Ausdruck gebracht haben. Genosse Th. Leipart, der Vorsitzende des DGB, befaßt sich im „Korrespondenzblatt“ mit den Ergebnissen des Haager Kongresses und meint, daß über die Frage „Krieg und Generalfreist“ die ganze Lösung noch nicht gefunden worden ist. Leipart äußert sich wie folgt:

„Der Militarismus und die kapitalistischen Regierungen werden im Ernstfalle sich der Generalfreistandstrafung nicht mit verwehrten Armen tatenlos gegenüberstellen. Abgesehen von den ihnen verfügbaren Mitteln der militärischen Gewalt, werden sie wieder wie 1914 und in allen früheren Fällen ihren großen Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Presse

ausüben. Wir haben ja nur zu deutlich noch in Erinnerung, wie durch absichtlich falsche Nachrichten über Vorgänge im Ausland die öffentliche Meinung in allen am Krieg beteiligten Ländern irreführt worden ist. Die sofort eintretende Grenzverleumdung jede direkte Benachteiligung und Verhinderung unmöglich. Auf beiden Seiten der Grenze wird man die Gr. Generalfreist des eigenen Landes von der Anwendung des Generalfreists dadurch abzuhalten suchen, daß man ihr berichtet, die Arbeiter des anderen Landes hätten nicht im geringsten daran, ihr Land und Volk durch Streik in die höchste Gefahr zu bringen.

Auch die von Ludendorff aufgeworfene Frage des legalen Rechts zur Landesverteidigung gegen feindliche Invasionen fällt in dieses Gebiet. Verschiedene Redner im Haag haben diese Frage grundsätzlich abgelehnt, weil die Unterwerfung zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg die ganze Propaganda gegen den Krieg von vornherein lahmlegen würde. Denn noch in jedem Kriegsfall mit dem Begriffe der Landesverteidigung Mißbrauch getrieben worden. Das ist gewiß richtig, aber das berechtigte Vaterlandsgeschick wird trotzdem auch in Zukunft vorhanden sein und bei der Anwendung des Generalfreists als Mittel zur Kriegsverhinderung eine Rolle spielen. Vorläufig wird man sich mit der Antwort einverstanden erklären können, die Zeitung im Auftrag des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Ludendorfs Frage gegeben hat. Er sagte, die Forderungen der Gewerkschaften gingen dahin, daß in allen Streitigkeiten zwischen den Völkern jede Gewaltanwendung abzulehnen sei. Nicht die Gewalt, sondern allein das Recht dürfe entscheiden, und das Recht müsse durch einen wirklichen Völkerversuch jedem Lande garantiert sein.

Badische Politik

Die Besiedlungsindustrie in Baden

Die vom Statistischen Landesamt veröffentlichen Untersuchungen über die badische Industrie besagen sich in der neuesten Nummer der Statistischen Mitteilungen auch mit der Besiedlungsindustrie. In ihr ist nach wie vor der Krieg der bestimmendste Faktor vornehmlich, die Fabrik bildet die Ausnahme. Sehr verbreitet ist noch die Heimarbeit. Unter Aufhebung der Tarifverträge, sowie der Schuh- und Handwebfabriken, welche bereits früher im Zusammenhang mit der Textil- und Lederindustrie behandelt worden sind, verbleiben nach dem Stand auf Schluß des Jahres 1920 etwa noch 120 Betriebe mit je 10 und mehr Arbeitern, in denen insgesamt — ohne Heimarbeit — 3600 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Unter den Fabriken überwiegt die Kleinfabrik. Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern sind nur 4 mit insgesamt 900 Arbeitern und Arbeiterinnen ermittelt worden. Nahezu zwei Drittel von den 120 Betrieben mit an 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen betriebe die Nähnerei und Kleidermacherei, Wäscherei und Kleiderkonfektion. Eine Mannheimer Fabrikfirma der Wäschereindustrie stellt wasserdichte Celluloidwäsche her. Im übrigen betreiben sich die Wäschefabriken in der Hauptsache mit der Herstellung von Leinen- und Baumwollwäsche. Teilweise sind die Geschäfte auf Aussteuer- oder Herrenwäsche u. dergl. spezialisiert, eine Mannheimer Wäschefabrik stellt Spezialberufswäsche (Wegereimäsche) her, eine andere Fabrik Kinderwäsche usw. In der Kleiderindustrie arbeiten verhältnismäßig auch große Maßgeschäfte in gewissem Umfang auf Lager. Die eigentlichen Kleiderfabriken führen mitunter die Bezeichnung „Mechanische Kleiderfabriken“. Einzelne Firmen in Mannheim und Heidelberg stellen nur Herren- und Frauen-(Büro-)Konfektion her. Der Rückgang der Militärbesiedlungsindustrie nach dem Kriege hat verschiedene kleinere Firmen in Karlsruhe u. h. e. ruhe, Politik und Konjunktur veranlaßt, sich auf die Herstellung von Herren- und Damenkonfektion, sowie von Brautkleidern und Arbeitskleidern einzustellen. Außer in Karlsruhe und Rastatt ist die Berufs- und Arbeitskleiderindustrie insbesondere noch in Mannheim, Forstheim und im Konstanzer Bezirk kräftig vertreten; auch die Abteilung für Berufs- und Sportkleidung einer Konstanzer Großfirma war früher auf Militärausstattung eingestellt. Stark in Aufnahme gekommen ist die Herstellung von Sportkleidung, mit ihr befaßt sich u. a. auch Sportartikelfabriken (Karlsruhe usw.). Wästen- und Schürzenfabriken gibt es in Mannheim und im Bezirk Bruch, bescheiden stellt eine Fabrik für Herren- und Damenwäsche in Freiburg Wästen und Schürzen her. Die Bugmacherei beschäftigt in größeren Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern bezw. Arbeiterinnen (16) und 800 Personen. Die größeren Bugmacherbetriebe betreiben sich hauptsächlich auf die Städte Konstanz, Freiburg, Karlsruhe u. h. e., Forstheim, Seelberg und Mannheim. Eine Spezialindustrie des Landes befaßt sich mit der Anfertigung von kunstvollen Blumen, und hat ihren Sitz hauptsächlich in Rastatt (4 Fabriken) und im Amtsbezirk Büchel (Wallbühl usw.)

9 Fabriken). Die Industrie beschäftigt ohne Heimarbeitsergebnen etwa 500 Personen. Neben Braut- und Brautkleidern werden künstliche Grad-(Perle)-Kranze hergestellt.

Was die Textilindustrie anbelangt, so befindet sich eine bedeutende Haarputzfabrik in Rastatt, außerdem gibt es noch einige kleinere Haarputz-(Seidenhut-)Fabriken, der schiedentlich auch „Mechanische Haarputzfabriken“ genannt. Umpreranstalten für Herren- und Damenhüte, die sich auch mit der Färbung und Reinigung von Mützen befassen, gibt es allenthalben in den größeren Städten. Es wurden deren an 20 im Lande ermittelt; meistens sind es Betriebe kleineren Umfanges, die sich bisweilen auch auf Fabriken nennen. Von der früher sehr ausgeprägten Strohhutmacherei des Hochschwarzwaldes ist unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz nur wenig übrig geblieben; zurzeit bestehen im Schwarzwald noch 3 Strohhutmachereien in den Gemeinden Triberg und Wolfach. Die Pelzwarenindustrie ist außer durch eine Reihe von Großschneidereien durch eine Pelzwarenfabrik in Konstanz vertreten. Eine Krautwarenfabrik, die gegenwärtig hauptsächlich für den Export arbeitet, befindet sich in Freiburg. Pelzwarenfabriken sind in Mannheim und Hausach. Mehrere Korsettfabriken sind in Mannheim, eine derselben, die gleichzeitig Wäscheherstellung, beschäftigt mehrere Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. In Schwetzingen befindet sich eine Fabrik für moderne Haarputzfabrik, eine Haarputzfabrik in Mannheim.

Der frühere Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Schneider, ist am Sonntag im Alter von 60 Jahren in Karlsruhe gestorben. Der Entschlafene gehörte eine Reihe von Jahren hindurch als Mitglied der früheren Nationalliberalen Partei und Vertreter der Stadt Karlsruhe der Zweiten Reichstagskammer an und war dabei auch Mitglied des Reichstagsausschusses. Auch im Karlsruheer Bürgerausschuß übte der Verstorbenen eine Reihe von Jahren hindurch sein Mandat aus.

Die Vereinigung badischer Referendare, die Landesvertretung aller badischen Referendare, hat mit Wirkung vom 1. November ihren Sitz von Mannheim nach Karlsruhe verlegt. Die Ziele der Vereinigung sind unter heutigen Verhältnissen rein wirtschaftlicher Natur. Allerhöchste Aufgabe ist es, eine Verbindung der Referendare zu erreichen. Eine derzeitige Regelung ist in anderen Ländern schon seit einiger Zeit getroffen. Ein entsprechender Antrag liegt dem Landtag nach von seiner letzten Sitzungperiode her vor. Die Vereinigung erhofft von Regierung und Landtag eine baldige Zustimmung.

Aus der Partei

Mittwoch, Sozialdemokratische Partei. Sonntagabend (Silvester) ab 7 Uhr veranstaltet der Wahlverein seine alljährliche Jahresversammlung im „Löwen“. Die Genossen und Parteifreunde mit ihren Familienangehörigen sind hierzu eingeladen. Die Parteigenossen werden nochmals an das zu Genosse G. Dees Besondere erinnert (Spezialbesitz bis zum Freitagabend).

Obergruppenrat. Sonntagabend 10 Uhr im „Risch“ Parteiverammlung mit wichtiger Tagesordnung. Vollständiges und pünktliches Erscheinen der Parteigenossen ist unbedingt erforderlich.

Volkswirtschaft

Die Biererzeugung in Deutschland

In den Monaten April bis Juni 1922 wurden nach „Wirtschaft und Statistik“ 10 013 000 Hektoliter Bier hergestellt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist damit die Erzeugung um 19,9 Prozent gestiegen. In Maß wurden 163 969 Tonnen verbraucht; das sind 46,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Verbrauch an Brauereierzeugnissen aller Art belief sich auf 181 933 Tonnen; das sind 55 797 Tonnen oder 44,2 Prozent mehr als im Vorjahr. 33,6 Prozent des erzeugten Bieres war Weizen, 10,4 Prozent Schmalz. Für die gleiche Jahreszeit fehlen keine entsprechenden Zahlen aus dem Vorjahr zur Verfügung. Es liegen nur die Angaben der ehemaligen norddeutschen Brauereierzeugung vor, die für April bis Juni 1913 eine Erzeugung von 12 157 318 Hektoliter angeben. Von Jahre 1913/14 wurden insgesamt 40 974 000 Hektoliter Bier hergestellt; es ergibt sich somit aus diesen Zahlen, daß die Erzeugung der warmen Monate weit über dem Durchschnitt der Vierjahreserzeugung liegt.

Es scheint, als ob diese große Erzeugung hauptsächlich durch Abfall sein konnte, daß die Preise lange Zeit verhältnismäßig niedrig gehalten worden sind. Nach Angaben des deutschen Brauerbundes sind die Einnahmen des Bieres aus den Biersteuer in den letzten Monaten in steigendem Maße zurückgegangen, woraus auf eine Verminderung des Bieres zu schließen ist.

Romeo und Julia auf dem Dorfe

Erzählung von Gottfried Keller
(Fortsetzung.)

Nun dauerte es aber nicht mehr lange und sie verzürten gänzlich und hatten gar nichts mehr in der Hand; sie mußten, um etwas zu essen, warten, bis einer kam und für wenig Geld etwas von dem noch vorhandenen Wein verzehrte, und wenn er eine Würst oder dergleichen begehrte, so hatten sie oft die größte Angst und Sorge, dieselbe bezutreiben. Bald hatten sie auch den Wein nur noch in einer großen Flasche verborgen, die sie heimlich in einer anderen Aneipe hielten, und so wollten sie nun die Würst machen ohne Wein und Brot und freundschaftlich sein, ohne ordentlich gegessen zu haben. Sie waren beinahe froh, wenn nur niemand kam, und hockten so in ihrem Aneipen, ohne leben noch sterben zu können. Als die Frau diese traurigen Erfahrungen machte, zog sie den grünen Spenser wieder aus und nahm abermals eine Veränderung vor, indem sie nun, wie früher die Fehler, so nun einige weibliche Tugenden aufkommen ließ und mehr ausbildete, da Not an den Mann ging. Sie übte Geduld und suchte den Allen aufrecht zu halten und den Jungen zum Guten anzuweisen; sie opferte sich vielfältig in allerlei Dingen, kurz sie übte in ihrer Weise eine Art von wohlthätigen Einfluß, der zwar nicht weit reichte und nicht viel besserte, aber immerhin besser war als gar nichts oder als das Gegenteil und Zeit wenigstens verbringen half, welche sonst viel früher hätte rechnen müssen für diese Leute. Sie mußte manchen Rat zu geben vermögen in erbsämlischen Dingen, nach ihrem Verstande, was wenn der Rat nichts zu laugen schien und schicklich, so ertug sie willig den Rat mancher Männer, kurzum, sie tat jetzt alles, da sie alt war, was besser gedient hätte, wenn sie es früher gelöst.

Im wenigstens etwas Beifahren zu erwerben und die Zeit zu verbringen, verlegten sich Vater und Sohn auf die Fischerei, d. h. mit der Angelrute, soweit es für jeden erlaubt war, sie in den Fluß zu hängen. Dies war eine Hauptbeschäftigung der Selbstwiler, nachdem sie falliert hatten. Bei günstigem Wetter, wenn die Fische gern aufstiegen, so man sie dinstenweise hinauswanden mit Rute und Eimer, und wenn man an den Ufern des Flusses wandelte, hockte alle Spanne lang einer, der angelte, der eine in einem langen braunen Würst, die dicken Fische

im Wasser, der andere in einem spitzen blauen Frost auf einer alten Weide stehend, den alten Fisch schief auf dem Oze; weiterhin angelte gar einer im gewissen großblumigen Schlafrod, da er keinen andern mehr besch, die lange Peise in der einen, die Rute in der andern Hand, und wenn man um eine Krümmung des Flusses bog, stand ein alter lahlköpfiger Dindbach fastenack auf einem Stein und angelte; dieser hatte, trotz des Aneipenholzes am Wasser, so schwarze Fische, daß man glaubte, er habe die Steisel anbehalten. Jeder hatte ein Würstchen oder ten, nach denen sie zu andern Stunden zu graben pflegten. Wenn der Himmel mit Wolken bezogen und es ein kühles dämmeriges Wetter war, welches Regen verübete, so fanden diese Gestalten am zahlreichsten an dem stehenden Strome, regungslos gleich einer Galerie von Heiligen- oder Prophetenbildern. Nichts zogen die Ruteleute mit Fisch und Waben an ihnen vorbei, und die Schiffer auf dem Fluße sahen sie nicht an, während sie leise murmelten über die fahrenden Schiffe.

Wenn man Rang vor sich sah, als er mit einem schönen Gespann flügel auf dem Dügel über dem Meer, gemüßigt hätte, er würde sich einigt zu diesen wunderlichen Heiligen stellen und gleich ihnen Fische fangen, so wäre er nicht über angefahren. Auch eile er jetzt hastig an ihnen vorbei hinter ihrem Rücken und eilte trommelführend gleich einem eigenmächtigen Schalten der Unterwelt, der sich zu seiner Verdammung ein bequemes einwames Wägen sucht an den dunklen Wässern. Mit der Angelrute zu fischen hatten er und sein Sohn und sein kleine Geduld und sie erinnerten sich der Art, wie die Bauern auch manche andere Fische etwa Fische fangen, wenn sie übermäßig sind, besonders mit den Händen in den Wässern; daher nahmen sie die Ruten nur zum Scherz mit und gingen an den Wänden der Wägen hinauf, wo sie wußten, daß es leutere und gute Forellen gab.

Dem auf dem Lande zurückgebliebenen Marii ging es inzwischen auch immer schlimmer und es war ihm höchst langweilig dabei, so daß er, anstatt auf seinem vernachlässigten Felde zu arbeiten, ebenfalls auf das Fischen verfiel und in gelung im Wasser herumplätschelte. Brechen durfte nicht von seiner Seite und mußte ihn Eimer und Geräte nachtragen durch nasse Biesergründe, durch Wäde und Wasserstempel aller Art, bei Regen und Sonnenhitze, inbeffen sie das Notwendigste zu Hause liegen lassen mußte. Denn es war sonst keine Seele mehr da und wurde auch keine gebracht, da Marii das meiste Land schon

verloren hatte und nur noch wenige Acker besaß, die er mit seiner Tochter leiblich genug oder gar nicht bebautete.

So kam es, daß, als er eines Abends einen ziemlich tiefen und ruhenden Bach entlang ging, in welchem die forellen fleißig sprangen, da der Himmel voll Gewitterwolken hing, er unterhofft auf seinen Feind Rang traf, der an dem andern Ufer daherkam. So eilte er ihm nach, wie ein schrecklicher Wolf und Sohn in ihm auf; sie waren fast fünf Jahren nicht so nahe gewesen, außergeronnen vor den Geruchsdüften, wo sie nicht scheitern durften, und Marii rief jetzt voll Grimm: „Was nicht du hier, du Hund! Kennst du nicht in deinem Lottermei stehen, du Schlotter Lumpenhund!“

„Wirklich nichts mehr auch ankommen, du Schelm!“ rief Rang. „Fische laßt du ja auch schon und wirtst beßhalb nicht viel mehr zu veräuern haben!“

„Schweig, du Halgenhund!“ rief Marii, da hier die Wesseln des Bades fächer rauschten, du hast mich ins Unglück gebracht!“ Und da jetzt auch die Weiden am Bache gerollt zu rauschen angingen im aufstehenden Wetterwind, so mußte Rang noch lauter schreien: „Wenn dem nur so wäre, so wollte ich mich freuen, du elender Tropp!“ — „O du Hund!“ rief Marii heulend und Rang hinüber: „O du Raß, wie bumm tuft du!“ Und jener sprang wie ein Tiger den Bach entlang und jagte herübergeronnen. Der Grund, warum er der Wüstenere war, lag in seiner Meinung, daß Rang als Vire wenigstens einig zu essen und zu trinken hätte und gewissermaßen ein futzeitigeres Leben führe, während es ungerächtfertigerweise ihm so langweilig wäre auf seinem zertrümmerten Hofe. Rang schreit indessen auch grimmig genug an der andern Seite hin; hinter ihm sein Sohn, welcher, hat auf den bösen Streik zu hören, neugierig und verwundert nach Fremden hinüberblickt, welche hinter ihrem Vater ging, vor Scham in die Erde fesselt, daß ihr die braunen krausen Haare ins Gesicht fielen. Sie trug einen hölzernen Fischweimer in der einen Hand, in der andern hatte sie Schuß und Strümpfe getragen und ihr Kleid der Rufe wegen aufgeschürzt. Seit aber seit auf der andern Seite ging, hatte sie es schamhaft sinken lassen und war nun dreifach beiläufig und gequält, da sie alles das Zeug tragen, den Not zusammenhalten und des Streites wegen sich gramen mußte. Dätte sie aufgegeben und nach Sali geguckt, so würde sie enttäuscht haben, daß er weder vornehm noch stolz mehr aussah und selbst b. h. m. v. r. genug war.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaften und Einkommensteuer

72 Prozent Anteil des Lohnabzugs am gesamten Steueraufkommen

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben dem Reichsfinanzminister am 23. Dezember d. J. eine Denkschrift zur Einkommensteuer unterbreitet, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, aufgrund der ihr im Einkommensteuergesetz erteilten Vollmacht sofort in Gemeinschaft mit dem Reichsausschuß des Reichstages die Erhöhung der Werbungskosten und sonstigen Steuerabzüge für die Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Die Gewerkschaften begründen gleichzeitig die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform im Einzelverfahren der Einkommensteuer von den jenseitigen Veranlagungspflichtigen in der Richtung, daß auch bei den bestehenden fünfzig Tag der Steuerzahlung und damit der tatsächlichen Geldwert maßgebend sein muß für die Höhe des zu entrichtenden Geldbetrages. Die Denkschrift, die dem wachsenden Unwillen der arbeitenden Volksschichten über das Steuerunrecht Ausdruck verleiht, hat folgenden Wortlaut:

„Die jüngsten Verhandlungen des Reichstages über die Einkommensteuer veranlassen uns, der Reichsregierung und dem Reichsausschuß des Reichstages folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Es ist auf Grund § 46 Abs. 8 des Gesetzes zur Änderung der Einkommensteuer vom Dezember 1922 mit Wirkung vom 1. Februar 1923 eine Neuverteilung der Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen.“

Begründung:

Nach den Wochenausweisen der Reichsbank vermehrt sich der Notenumlauf unter dem Druck der fieberhaft steigenden (schwebenden) Schuld des Reiches immer beängstigender. Zum Teil beruht dieser Schwung zur Inflation darauf, daß gegen den schwebenden Steuerertrag nicht entsprechende Einnahmen einfließen. Die Gewerkschaften aller Richtungen fordern nicht erst seit heute, daß die Reichsregierung durchgreifende Schritte unternimmt, die die beschränkte Einziehung aller Steuern, insbesondere aber der Einkommensteuer, der sich selbst einschneidenden, gewährleisten.

Neben der Gefahr, daß die inflationistische Wirkung der schwebenden Steuerertragsminderung in der Welt als deutsche Wirtschaftskrise empfunden wird, muß das Vergehen der Steuerertragsminderung gegenüber den Leistungsfähigeren Schichten der Reichsfinanzierung nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Reichsregierung, die die beschränkte Einziehung aller Steuern, insbesondere aber der Einkommensteuer, der sich selbst einschneidenden, gewährleisten.

Die Steuerertragsminderung, in Zeiten lebhafter Steigerung der Geldverhältnisse aufzuheben, muß dem schwankenden Geldwert der Papiermark entgegensteuern, wenn sie nicht selbst zum finanziellen Zusammenbruch mitführen will. In Zeiten schwankenden Geldwertes — das gilt auch für eine zu erhebbende Zeit der steigenden Mark — ist für die Höhe und die Verteilung der Steuerlast der nominelle Steuerertrag entscheidend, sondern der Zeitpunkt der Steuerzahlung. Heute sind die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland die einzigen, die in erheblichem Maße in vollwertiger Steuerkraft ihrer Pflicht gegenüber dem Staat Genüge leisten. Derjenige, der sein Einkommen erst nach Jahresfrist verfließen, leistet nur einen geringen Bruchteil dessen, wozu er verpflichtet ist. Auch die sogenannten Vorauszahlungen der sich selbst einschneidenden Veranlagungspflichtigen ändern an diesem Zustand nur wenig. Kommen wir einmal zu einer Zeit der steigenden Mark, dann werden die sich selbst einschneidenden Veranlagungspflichtigen aus den Gründen der Deflation nicht in der Lage sein, ihre Steuerpflicht zu erfüllen. Das Reich selbst bei der derzeitigen Methode der Steuererhebung, ganz abgesehen von der Entwertung der Mark, immer der Steuergläubiger.

Die eben geschilderten Tatsachen haben in den Kreisen der Lohnsteuerpflichtigen um so größere Erregung verursacht, als bei ihnen die Gebührensicherung unter allen Umständen gerade umgekehrt wirkt und sich in immer stärker werdender Belastung ausdrückt. Es muß bedacht werden, daß die steuerliche Leistung eines Angeleiteten, der verheiratet ist und fünf Kinder hat, im Jahre 1922 bei einem Januar-Einkommen von 2800 M und einem Dezember-Einkommen von 88000 M von 16 Prozent auf 9,3 Prozent gesunken ist. Im Gegensatz dazu gewinnt auch der einfache Arbeiter, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, im Jahre 1921 einen Steuerabzug trug, der 145,5 Stundenlöhnen entsprach. Hätte dieser Arbeiter zu demselben Gehalt, die sich selbst einschneidenden, dann müßte er seine Steuer für 1921 etwa im September 1922

voll gezahlt haben, das war damals ein Arbeitslohn von 11,5 Stunden. Ende Oktober war es nur noch der Arbeitslohn von 8,2 Stunden, und Anfang November konnte die gesamte Steuerlast mit dem Ertrag von noch nicht 6 Arbeitsstunden abgegolten werden.

Der erste Vorsitzende der demokratischen Partei, der Abg. Erkelens, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger im Jahre 1921 ihre Steuern mit dem Ertrag von etwa 120 Arbeitsstunden abgeben mußten. Sie hätten etwa nur 8 oder 10 Arbeitsstunden nötig gehabt, wenn sie zu den gleichen Terminen hätten zahlen können, wie die sonstigen Veranlagungspflichtigen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe vom September d. J. darauf hingewiesen, daß der Steuerzahler mit dem schlechten Gehalt von 1922 die gute Steuer von 1920 zahle; der Staat und die zu sofortiger Zahlung verurteilten Lohnsteuerpflichtigen seien dabei die Leidtragenden.

Durch die jüngsten Beschlüsse des Reichstages sind die mit dem Grundbesitz der steuerlichen Verantwortlichkeit und mit sozialen Erwägungen unvereinbaren Widerstände noch verschärft worden. Der Tarif der Reichs-Einkommensteuer wurde mit rückwirkender Kraft für das ganze Steuerjahr 1922 erheblich erniedrigt. Die Anpassung der steuerlichen Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen an die Höhe und Verteilung der Einkommensteuer ist dem Reichsausschuß des Reichstages abgeben. Im Antrage Nr. 444 der Reichstagsabgeordneten hat die Deutsche Volkspartei nachgewiesen und ausführlich belegt, daß diese ungleiche Verteilung der Werbungskostenabzüge die Finanzämter automatisch vermehrte Arbeit einbringen muß. Den sich bei uns täglich vermehrenden Anfragen, die fast immer auf jene Ungerechtigkeit hinweisen und Rat verlangen, können wir nur eine Antwort geben: Stellt auf Grund des § 46 Abs. 3 beim zuständigen Finanzamt den Antrag auf Erhöhung des Werbungskostenabzuges. Wird jene Ungerechtigkeit nicht beseitigt, so werden die Finanzämter wahrscheinlich mit diesen Anträgen überflutet werden.

Unser Antrag gründet sich im besonderen darauf, daß durch die neuesten Beschlüsse des Reichstages die Werbungskosten und die steuerfreien Abzüge für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau in geringerem Maße erhöht wurden als die Abzüge für Kinder und alle drei Abzüge in wesentlich geringerem Maße einzeln werden als die Gebührensicherung dies erfordert. Die sofortige Heraushebung der steuerfreien Abzüge für die Ehefrau sowie der Werbungskosten ist dringend erforderlich. Bei dieser Regelung müßte die für 1922 feststehende steuerliche Ungerechtigkeit gegenüber dem Lohnsteuerpflichtigen im Sinne des sozialdemokratischen Antrags Nr. 5 der Reichstags-Druckliste Nr. 5392 in etwas seinen Ausdruck finden.

Zusammenfassend müßten wir nochmals betonen, daß die derzeitige Steuerpolitik bei den Lohnsteuerpflichtigen die bedenklichsten Mißbräuche hervorruft. Die Lohnsteuerpflichtigen verneinen auf die jüngsten Beschlüsse der Reichsregierung über die Abzugsabzüge, die u. a. festsetzen, daß die Einkommensteuer nach dem Stand vom 1. Dezember — zur Abzugsabzüge herangezogen werden. Sie verweisen auf die gewaltigen Steuerertragsminderungen, die der sich selbst einschneidenden, die Einkommensteuerpflichtigen bisher schon festzustellen vermochte. Sie erinnern sich der Worte des Herrn Oberbürgermeisters Böh, der feststellte, daß in Berlin 95 Prozent aller Steuern ungenutzte Weise eingezogen werden müßten. Die Lohnsteuerpflichtigen verweisen aber im besonderen darauf, daß der von ihnen ertragene Anteil der Reichs-Einkommensteuer im Jahre 1920 29 Prozent, 1921 33½ Prozent, in diesem Oktober aber schon 72 Prozent betragen hat. Sie betrachten es als eine Verhöhnung ihrer ehrlieh erfüllten Steuerpflicht, sie fühlen sich nach den Worten des Abg. Herfford als „die dummen Kerle“, daß ihre Steuerleistungen, die im Ueberwertungsverfahren an die Finanzämter abgeliefert werden, monatlich in den Händen der Internen liegen bleiben und dort sich in privatrechtlichen Streitigkeiten verlieren.

So muß der Gedanke der Quellenbesteuerung, dessen Einführung zu fördern auch die Reichsregierung seitlich zugehend hat, völlig zurückgelassen werden. Mitte September erklärte die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Ungerechtigkeiten des Lohnabzuges auf die Dauer den Gedanken des Steuerabzuges überhaupt nicht mehr vertreten sollte. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund müssen heute dazu sagen, daß diese Kreise ihrer Mitglieder jetzt Gegner der Lohnsteuer geworden sind und daß es ihnen auf das äußerste schwer wird, diesen Strömungen wirksam zu begegnen, wenn keine Änderung der Gesetzgebung eintritt.“

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: **Dr. E. Leipert.**

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes: **Dr. A. H. H. H.**

verbunden oder mehrere Stücke ermöglichen. Freilich hat die Herstellung kleiner und kleiner Anteile ihre Grenze darin, daß die Verwaltungs- und Druckkosten nicht außer Verhältnis zu dem Anteilbetrag stehen dürfen. Allen diesen Gesichtspunkten scheint die wertbefähigende Kohlenanleihe des Reichswerkes zu entsprechen, die in wenigen Tagen zur Zeichnung aufgelegt wird.

Zunächst wird allerdings der Begriff einer Kohlenanleihe für diejenigen, der die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens weniger zu überblicken gewohnt ist, etwas Befremdendes haben. Aber eine kurze Lektüre wird bald jeden davon überzeugen, daß die Kohle, die ja den weitaus überwiegenden Teil unseres nationalen Energiebedarfs deckt, die unsere Eisenbahnen, unsere See- und Binnen-Schiffahrt in Bewegung hält, die unsere Aufenthaltsräume wärmt, unsere Speisen kocht und uns Licht spendet, der richtige Wertmesser ist, weil er wohl am meisten von allen Gütern bis in die feinsten Verästelungen der gesamten öffentlichen und privaten Wirtschaft unmittelbar oder mittelbar eindringt und diese daher am stärksten beeinflusst. Die Kohle bildet daher einen besseren Maßstab als selbst das vielbegehrte Geld, weil dieses als ausländisches Erzeugnis in seiner Preisbemessung gerade in der heutigen Zeit ungeheurer Wertunterschiede unter den einzelnen Währungen der Länder manchen ungeschickten, rein politischen Einflüssen ausgesetzt ist, denen ein Wertmesser, der Bestand haben soll, möglichst entzogen werden sollte.

Soziale Rundschau

Weitere Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hat weiterhin angehalten. Sowohl die Zahl der Erwerbslosen als die Zahl der Arbeitsuchenden hat zugenommen. In allen Berufsgruppen war die Lage sehr ruhig. Die in den letzten Wochen in vermehrtem Maße einkehrende Entlassung aus öffentlichen Betrieben nahmen auch in der Berichtsmode ihren Fortgang. Abzugemindert ist bei der derzeitigen Marktlage insbesondere eine Zunahme der arbeitssuchenden ungelerten Arbeiter wahrnehmbar.

Gewerkschaftliches

Der neue Buchdruckerarif

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, die seit 1890, also 26 Jahre lang die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Buchdruckgewerbe regelte, hört mit Ende des J. 22. auf zu existieren. An deren Stelle tritt ab 1. Januar 1923 auf die Dauer eines Jahres ein neuer „Deutscher Buchdruckerarif“, dessen Träger nur noch die vertraglich bestehenden Organisationen auf Gewerkschaften und Arbeitgeberseite sein sollen. Der „Arbeitskomitee“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, das Verbandsorgan des Verbandes der deutschen Buchdrucker, veröffentlicht in seiner letzten Nummer die wichtigsten Teile des Tarifvertrages nebst einem „Antrag“ an die Mitglieder, worin die Arbeitgeberseite bei den Beratungen geschildert und die Kollegen aufgefordert werden, den neuen Tarifvertrag anzunehmen. Der „Antrag“ bezieht sich auf die Mitglieder, die die Gegner der bisherigen Tarifgemeinschaft von rechts und links haben den Sieg davongetragen, was wohl in der Verschärfung der sozialen Gegensätze seine Ursache haben dürfte. Auf der Arbeitgeberseite sind es nicht mehr wie früher die Radfahrer, die das entscheidende Wort abgeben, sondern an deren Stelle sind die Rechtsgelehrten, die mit einer Neuorientierung aller bisherigen Begriffe sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen nach der Schablone papierener Paragrafen gegenwärtiger und zukünftiger Gesetze glauben, ein neues Zeitalter der „Schönheit der Produktion“ aus der Taufe heben zu können. Politische und soziale Begriffe und praktische Lebens- und Berufsbedingungen haben sich dabei von der ersten bis zur letzten Stunde in jährlichem Widerspruch gehalten.

Der Tarifvertrag bringt Verschlechterungen und Verbesserungen. Die ersten kommen bei der Ferien- und Feiertagsfrage zu Wort, die letzteren liegen dagegen mehr auf materiellem Gebiet. Bisher wurden sämtliche gesetzlichen Feiertage entschädigt, während der neue Tarif eine Entschädigung nur für 8 Feiertage pro Jahr vorsieht. In Ferien wurden bisher im Durchschnitt 15 Tage gewährt, nach dem neuen Tarif höchstens nur 12 Arbeitstage. Die schlechte Lage des Buchdruckgewerbes spielte bei den Verhandlungen eine große Rolle. Sie wurde von Arbeitgeberseite dazu benutzt, um die Verschlechterungen durchzubringen. Die Gewerkschaft glaubt, daß es im Interesse der Gewerkschaft liegt, den neuen Tarif anzunehmen. Die Gewerkschaft wird in einer am 18. Januar stattfindenden Urabstimmung ihr Votum abgeben.

Gemeindepolitik

Bürgerhaushaltung in Melsch

Melsch, 27. Dez. Der neugewählte Bürgerausschuß trat am 22. Dezember zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das Kollegium hat eine kleine Umgruppierung in der Zentrumspartei erfahren; Leute, die angehend nicht energisch genug waren, wurden durch Elemente ersetzt, die im Kampfe geschickter sind. Festgestellt muß aber werden, daß sich die hiesige Arbeiterklasse von allen vier bürgerlichen Herren überhaupt nicht verpaidet; wenn auch einzelne der Herren, hauptsächlich der demokratische, den Bürgern die Hoffnung machen zu müssen glauben, jetzt werde es besser, jetzt brauche der Bürger nicht mehr so viel zu zahlen, sie seien die „Kammerl“! Wir wollen abwarten. Bis jetzt weiß man nur, daß der eine oder andere von ihnen, z. B. der Herr, der es nun besser und wie weniger bezahlt werden soll, und auf welchen Kosten es gehen soll, das zeigte am deutlichsten diese erste Bürgerhaushaltung. Neun Punkte enthielt die Tagesordnung. Eine Vorlage betraf Genehmigung einer Anleihe von 4 Millionen Mark zur Bestreitung laufender Ausgaben (Holzmacherlöhne und Gehälter der Gemeinbedienten und Bediensteten). Obwohl dieser Punkt eine längere Debatte auslöste, konnten die bürgerlichen Vertreter doch keinen besseren Weg zeigen, wie man die Holzmachereilöhne, die heute schon mit fünf Millionen zu berechnen sind, anders finanzieren könnte. Durchblicken ließen insbesondere die Vertreter der Demokraten, daß die Verwaltungsausgaben für Beamte und Bedienstete, die nach der Besoldungsordnung entlohnt werden, der Brennpunkt aller Schwierigkeiten sei. — Eine weitere Vorlage verlangte Genehmigung einer Nachtragsumlage von 10 M pro 100 M Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens. Der Streit um die Umlage war früher schon, wo es sich noch um einzelne Pfennige drehte, ein heftiger. Beim Nehmen waren die bürgerlichen Herrschaften nie zurückhaltend. Zum Beispiel sei da der Bürger Ludwig Fitterer erwähnt, der während seiner Amtstätigkeit so manchesmal bei Vergütung von Holzmann die höchsten Töne anschlug und, wenn damals der Ster nicht nieder genug war, die Abgabe an die Steigerer zu berechnen suchte; heute aber, wo er in der Lage ist, auch Holz zu machen, ist ihm selbst der Preis von 12—1300 M nicht hoch genug! Die Nachtragsumlage wurde bewilligt. — Die Genehmigung eines Nachtrages von 96308 M zu dem Verkaufsaufwand von Herrn Dr. Spies war eine weitere Vorlage. In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 31. August d. J. wurde dieses Projekt, Abteilung eines größeren Zimmers im Hause der Witwe Herr. mittels Einbau einer

Wie kann ich sparen?

Man schreibt uns:

Die heutige Lage unseres Vaterlandes und die wirtschaftliche Not, in der sich viele Kreise befinden, sollte erwarten lassen, daß vor allem jede Ausgabe vermieden wird. Neben diesen Millionen unserer Mitbürger, die sich dieser Einschränkung aus Not unterwerfen, gibt es aber noch viele, die einem solchen Zwang nicht unterworfen sind, die sich vielmehr manche Ausgabe leisten können, die den übrigen verweigert ist. Millionen und Milliarden von Mark gehen im Geiz der bürgerlichen Besitz- und Vermögensbesitzer auf oder werden auf sinnlosen Tand oder glatte Vergewöhnungen verwendet.

Aber nicht alle, die auf solche Weise eine Gefundung unserer kranken Wirtschaft erwirken, verdienen den Tadel, der Gebot der Zeit, das Einsparn und Selbstsücht fordert, verkannt zu sein. Wie mancher würde gerne den größeren oder bescheidenen Ueberfluß, den ihm seine augenblicklichen Einkommen ermöglichen, für spätere Zeiten, für künftige Bedürfnisse zurücklegen, mit anderen Worten sparen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, daß der Sparjamme der Dumme war. Das Kapital, das auf den Sparfassen und in den sogenannten „mündelreichen“ Papieren, angelegt wurde, hat sich unrettbar verflüchtigt, und ist auf ein Scheitern, dann ein Ruin verurteilt und heute bald nur noch ein Trümmel seines früheren Wertes zusammenschmelzen.

Überdies gibt es auch andere Geldanlagen, die ihrem Besitzer nicht den gleichen Schaden gebracht haben: Kauf von

Devilen und Aktien, aber das ist für den kleinen Sparrer ein ungewohnter und jedenfalls recht gefährlicher Weg. Schließlich hat sich noch ein weiterer Weg zu einer Verwendung überflüssiger Mittel als vornehmlich erwiesen: Das Kaufen von Wertpapieren. Dieses findet aber eine Grenze darin, daß nicht jeder über den nötigen Raum zum Auffbewahren solcher Dinge verfügt. Außerdem geht bei ungenügender Lagerung manches verfault. Außerdem geht bei ungenügender Lagerung manches verfault. Außerdem geht bei ungenügender Lagerung manches verfault.

Die kann man bei einer solchen Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse es jemand zum Vorwurf machen, wenn er die Dinge teilnahmslos hinnimmt, wie sie sind, auf die Verschlebung seines Sparvermögens verzichtet und alles zum sofortigen Geiz verwendet? Erst der allerjüngsten Zeit ist es vorbehalten geblieben, einen Weg anzutun, der das Sparen überhaupt wieder möglich und zweckmäßig macht: Eine wertbefähigende Anleihe, die nicht mehr auf den täglich schwankenden und seit Jahren unaufhaltsam sinkenden Scheinwert unserer Papiermark aufgebaut ist, sondern auf einen wirklichen Schwert. Zwar ist die in den Zeitungen veröffentlichten angelegten Geldanleihe des Deutschen Reiches bis jetzt noch nicht auf den Plan getreten. Die wäre auch nicht für den kleinen Sparrer, denn nach den Mitteilungen der Presse sollen die kleinen Stücke dieser Anleihe auf 25 Dollar, also bei einem Dollarkurs von 8000 auf etwa 200 000 M lauten! Eine Geldanlage für weitere Kreise muß daher vor allem auch mittleren und kleineren Börsen die Ge-

Bad. Landestheater. Heute Freitag, 20. Dez., findet die erste Wiederholung von Wagner's Musikdrama „Der arme Heinrich“ im Abonnement E 10 statt. Die Theatergemeinde D.B.D. ist an dieser Vorstellung mit den Nummern 2601-2600 und allen Nummern über 4800 beteiligt. Die Agnes singt Hete Hedert erimais. An Silvester geht die beliebte Operette „Die Fledermaus“ von Joh. Strauß in Szene. Am Montag, 1. Jan., gelangt Wagner's „Lohengrin“ zur Wiederholung.

Die Feststunde für die Silvesternacht ist allgemein auf 1 Uhr festgesetzt worden.

Valuta-Bericht vom 28. Dezember

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 6.80 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 8150 fl. per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 1480 fl. per schw. Fr. England notierte etwa 80.800 £ per 100 Schilling. Frankreich notierte etwa 555 fr. per 100 Francs. Neupost notierte etwa 7600 \$ per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schiffahrt 137, Gef. 3; Hoch 204, Gef. 11; Regen 457, Gef. 0 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Dettingheim. Eine gutgelungene und sehr gut besuchte Weihnachtsfeier veranstaltete erstmals unsere Parteiverein am letzten Montag. Der Vorsitzende Gen. Emil K. u. N. konnte an den zahlreichen Gästen aus den Bürgermeistern, Herrn Karl K. u. N., begrüßen, dem er einige frohe Stunden im Kreise der Profektoren wünschte. Weiter sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, daß es der Partei im nächsten Jahre gelingen möge, auch der Jugend mit einer kleinen Gabe eine Freude zu machen. Das Programm, das zur Abwicklung gelangte, war sehr reichhaltig. Tiefen Eindruck machte ein durch den dramatischen Klub unter Leitung von Gen. Eustachius K. u. N. wiedergegebenes ernstes Theaterstück; Gen. Karl Kömmler trat zwei Gedichte stimmungsvoll vor; auch mehrere Vorträge wurden gehalten. Viele Anerkennung fanden die Sängere des Männergesangsvereins mit ihren prächtig gesungenen Volksliedern, sowie die unermüdete Orchesterkapelle. Allen Mitwirkenden sei bestens gedankt; unsere Partei zeigte, daß sie nach harter Arbeit auch feste zu feiern versteht.

Reibelsheim. Unter den 30 für die am 13. Januar beginnende Schwurgerichtstagung ausgewählten Geschworenen befinden sich erstmals vier Frauen.

Reimeln. Die Straßenbahn fuhr hier in voller Fahrt in eine Schiene hinein und stürzte 10 Meter.

Oftersheim. Bei einem Streik in einer Wirtschaft wurde der 20jährige Bahnarbeiter Heinrich Koch von dem Postleitenen Wolf durch einen Lungenstoß lebensgefährlich verletzt. In Reibelsheim kam es an den Feiertagen zu einer schweren Messerfehde, bei der zwei Arbeiter erheblich verletzt wurden.

Stersweiler, Am Mühl. Ein netter Bruder. Am hellen Abend gerieten auf dem Heimweg zwei Brüder in Streit. Der jüngere schlug dabei seinen 15 Jahre alten Bruder mit dem Messer so tief in den Rücken, daß dessen Verwundung zu ersten Notarztsfällen Anlaß gibt.

Gorners. Diebstahl. In der Nacht auf den ersten Feiertag wurden durch Einbruch in das Magazin des Kaufmanns C. P. A. 1000 Mark 200 000 C. gestohlen. Die drei Täter, unter denen sich ein früherer Chauffeur der Firma Spalhoff, Anton W. u. N. von Lautenbach bei Oberlich befindet, konnten in Schilbach festgenommen werden. Das Diebstahlgut wurde wieder beschlagnahmt.

Amnibingen. Ueberfährt. Seit zwei Monaten wurden auf der hiesigen Station Diebstähle beobachtet, als deren Täter jetzt ein Bademischer festgestellt wurde. Er wollte sich der Verhaftung durch einen Sprung in die Donau entziehen, wurde aber herausgeholt und nach Engen eingeliefert.

Reutelsheim (Schwarzwald). Ueberfahren. Auf der Station Reutelsheim wurde ein 20jähriger junger Mann, der auf der linken Seite den Zug verlassen wollte, und dabei unter den Zug kam, überfahren und getötet. Die Personalkarte des Ueberfahrenen liegen noch nicht fest. — Unfall. Ein beim Baden bei Schilbach beschäftigter Arbeiter Johann B. u. N. wurde durch einen zu früh losgelassenen Sprengschuß schwer verletzt.

Vorverkauf von Fahrkarten und Rundreisekarten

Der Vorverkauf von Fahrkarten und Rundreisekarten anlässlich der Winterferien auf 1. Januar 1923. Der teilweise außerordentlich starke Andrang an den Schaltern der Bahnhöfe kurz vor Beginn der wichtigeren Reise anlässlich der Weihnachtsfeierzeit zeigt immer wieder, daß die Möglichkeiten der Vorauslösung von Fahrkarten nicht genügend bekannt sind. Durch Erleichterung von meist zentral gelegenen Reisebüros in den größeren Städten ist der Vorverkauf von omnibussen Fahrkarten wesentlich erleichtert worden. Hierbei wird lediglich der amtliche Fahrpreis ohne irgendwelche Zuschläge erhoben. Die Vorauslösung von Fahrkarten und Fahrpläne bietet insbesondere anlässlich der bevorstehenden Winterferien auf 1. Januar infolge der Preisrückgänge Vorteile, als die bis 31. Dezember zum bisherigen Preis gelösten Fahrkarten ohne weiteres bis einschließlich 31. Januar gelten und bis 31. Dezember gelten. Rundreisekarten sind jedoch bis 31. Dezember zu lösen. Bei den Rundreisekarten sind jedoch die Fahrpläne bis 31. Januar angerechnet. Da die Rundreisekarten nur durch die Reisebüros in Karlsruhe durch das Reichsamt der Reichsbahnverwaltung Kaiserstraße 158, bezogen werden können und diese am 31. Dezember — einem Sonntag — teils geschlossen oder nur beschränkt geöffnet sind, so ist die Verteilung von Rundreisekarten bis spätestens 30. Dezember dringend zu empfehlen.

Rekte Nachrichten

Weitere 100 000 Dollar für Kinder-speisung

22. Berlin, 20. Dez. Zur Weiterführung der Kinder-speisung im Winter 1922/23 hat das Zentral-Komitee der amerikanischen Kinderhilfe in New York den deutschen Vertretern für Auslandshilfe 100 000 Dollar zur Verfügung gestellt, sobald die Gesamtsumme der amerikanischen Spende für die Kinder-speisung sich auf 850 000 Dollar beläuft.

Mit einem Nachtragset des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind insgesamt 1750 Millionen Mark für den gleichen Zweck eingestellt worden. Mit Hilfe dieser Mittel wird es möglich sein, im größten Teile Deutschlands bis 31. März 1923 täglich 475 000 Kleinbrot, Schmalbrot, Jugendlichen, Hoffenden und stützenden Müttern eine zeitliche Mithilfe zu verabreichen.

Schriftleitung Georg Schäfer. Verantwortlich: für Artikel, Politische Nachrichten und Rechte Nachrichten Hermann Radel; für Politische, Politische, Aus dem Lande, Gemeindefach, Aus der Welt, Gerichtsachting und Familien. Winter: für Aus der Stadt, Gemeindefachliches, Soziale Rundschau, Gemeindefachliche, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler; für den Anzeigenteil Hubert Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Der Wucher mit Papier am „Sterbebett der deutschen Zeitungen“

Der Wucher ist in Deutschland eine allgemeine Erscheinung. Und vielfach tritt er in der schamlosesten Weise auf — sowohl auf dem Lebensmittelmarkt wie bei manchen Synzibaten und Konzernen, die über Rohstoffe verfügen oder die wichtigsten Rohstoffe in erster Hand verarbeiten. Die Besitzer der Baumwoll-Lager wie die Textilindustriellen, die Kohlenbarone wie die Eisenmagazine, die alle wuchern in einer manchmal kaum vorstellbaren Art und Weise.

Nicht minder wüßt und strupplos tritt der Wucher auf dem gesamten Holzmarkt auf und die Papierindustriellen haben sich vielfach als die äufferst geizigen Schüler erwiesen.

Der Preiswucher in der Produktion des Zeitungspapiers macht die tollsten Sprünge. Die Herren Zeitungspapierindustriellen unterziehen sich wohl schon gar nicht mehr der Mühe ernsthafter Kalkulation, sie fordern und diktieren einfach.

Ein Kraggen Zeitungspapier, der im August noch für einen Preis von etwas über 700 000 M. zu erhalten war, kostet in diesem Monat über 5 Millionen.

Für den Januar drohen neue Preissteigerungen. Das Rio Nollenpapier für Zeitungen kostete im Juli 1914 rund 20 Pf., im Dezember 1922 dagegen 405 Mark.

sonst kapitalistischen Zeitungen bürgerlicher Richtung werden dabei schließlich heraufgezogen.

In die Innen- und Wirtschaftspolitik der großkapitalistischen Konzerne und Organisationen gehört der systematische Ruin gerade der Arbeiterpresse zum Programm. Die Strategen und Führer dieser kapitalistischen Großorganisationen wissen sehr wohl, daß sie im Kampfe gegen die Arbeiterpresse auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete einen entscheidenden Sieg erringen haben, wenn es ihnen gelingt, die Arbeiterpresse zum Erliegen zu bringen oder sie wenigstens so zu schwächen, daß sie keine nennenswerte Waffe für die Arbeiterbewegung sind können.

Eingriffe des Reiches gegen den Holzwucher sind schwer, denn das Reich ist nicht der Besitzer der Waldungen; diese gehören den Einzelstaaten, den Kommunen und Privaten. Und in den einzelnen Ländern sind wiederum die politischen und parlamentarischen Machtverhältnisse so verschieden, daß auch da ein gesetzgeberisches Vorgehen auf einheitlicher Grundlage zurzeit geradezu ausgeschlossen erscheint. Bei den Gemeinden liegen die Dinge nicht anders und besser — von den Privaten gleich gar nicht zu sprechen.

Die Hölle der Holzpreise, die zu allem viel zu spät und durchaus schwächlich unternommen worden sind, bilden den beständigen Tropfen auf den heißen Stein.

So wird das Verhängnis in deutschen Blätterwalde beinahe weiter schreiten. Und wenn die Arbeiterpresse sich nicht dazu aufrafft, weit solidarischer, pflichtbewusster und spterwilliger um die eigene Presse sich zu scharen, wird die Arbeiterpresse zum größten Teile dem Preis- und Kraftstummel auf dem Papiermarkt zum Opfer fallen.

Das ist das 2000fache des Preisrückganges. Damit sind die deutschen Papierpreise erheblich über den Weltmarktpreis hinaus gestiegen.

Eine besondere Grellenszerstörung erfahren die Zeitungen noch dadurch, daß ihnen die sich überfließenden Preissteigerungen stets ganz plötzlich diktiert werden. Der Händler kann nicht nur täglich, sondern, wie wir es erleben, halbtäglich seine Verkaufspreise erhöhen, die Zeitung jedoch höchstens von Monat zu Monat. Finanzkraft ist das für die Zeitungen von allerhöchster Bedeutung, zumal auch alle anderen Ausgaben in die Höhe gehen.

Die ungeheuerliche Synzibatswirtschaft auf dem Papiermarkt ist damit noch erhöht. Nichtig ist, daß auch die Holzpreise ebenfalls eine wesentliche, den schmalen und schamlossten Wucher fördernde Entwicklung genommen haben; trotzdem leisten sich die Papierindustriellen noch eine Extraprofitur. Da in Deutschland in einem Monat ungefähr 13 Millionen Kilogramm Zeitungspapier hergestellt werden, läßt sich ermessen, welche ungeheure Gewinne und Extraprofiten in die Taschen der Papierindustriellen monatlich strömen. Und die Holzlieferanten „bedienen“ an den rund 900 000 Stammetern Papierholz, die sie jährlich zur Papierherstellung liefern, natürlich ebenfalls riesigen Summen.

Die Zeitungen und die Abonnenten tragen die Kosten dieses Wuchers, alle Schranken niederbrechenden Papierwuchers.

Der frühere Reichstagsredner Dr. Wirth hat einmal das Wort vom „Sterbebett der deutschen Presse“ gesprochen. Man darf heute getrost auch vom „Sterbebett der deutschen Zeitungen“ sprechen. Mit einer Einschränkung: die großkapitalistische Presse wird, dank der gewaltigen Mittel, die sie aus den Taschen der Herrschaftlichen über die Arbeiterpresse einfließen lassen, die Wucherpreise für Zeitungspapier leicht ertragen können; die Presse der Arbeiterbewegung, wie auch die

Erhöhung der Bezugspreise für Zeitungen bedeuten für die Arbeiter und Angestellten eine Last. Aber, um ein Bildschild zu werden, die Lasten der Arbeiterbewegung, wenn sie ihre Presse verlieren sollte, wenn die großkapitalistischen Mächte zur Vollführung des systematisch eingeleiteten tödlichen Schlags gegen die Arbeiterpresse führen sollten.

Wir geben ohne weiteres zu, daß es Arbeiterfamilien gibt, für die es sehr schwer, für einzelne sogar momentan unmöglich wird, die gegenwärtigen Bezugspreise zu allen anderen Verpflichtungen auch noch aufzubringen. Aber wir wissen auch, daß die Mehrheit sowohl der Arbeiter wie der Angestellten und Beamten den Aufwand für die Arbeiterzeitung aufzubringen vermag, und wir wissen ferner, daß Tausende und Zehntausende von Arbeitern und Angestellten noch bürgerliche Zeitungen halten, hat die Arbeiterpresse.

Tritt rasch und in dem gebotenen Umfange an Stelle der in seiber noch in großen Arbeiter- und Angestelltenkreisen vorhandenen Gleichgültigkeit und des gottverfluchten Indifferenzismus die Pflichterfüllung, werden alle großkapitalistischen Mächte, die zur Verführung der Arbeiterpresse aufstehen werden; wenn aber nicht, werden die Arbeiter bald ihre mangelnde Solidarität gegen die eigene Presse als ein Unglück verfluchen müssen.

Diese Mahnung und Warnung gilt für die Arbeiter und Angestellten ganz allgemein; sie gilt aber in besonderer Weise für die Arbeiter, die Sozialisten sind, sie gilt für die Gewerkschaftsmitglieder wie die Arbeiterpartei und Arbeitervereine.

Wir erfüllen unsere Pflicht, mögen die Arbeiter und Angestellten ihre Pflicht gegen die Arbeiterpresse ebenfalls erfüllen.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater im Konzerthaus

Zum erstenmal: „Scampolo“. Komödie von Dario Nicodemini

Literarisch nicht allzu hoch zu bewerten. Die allenthalben erfolgreiche Komödie scheint etwaz der Zirkelle wegen geschrieben; alles ist um die originale Komödie Scampolo herumgedreht. Aber das Herumgedrehte ist nicht viel wert. Ein paar Scherzreden und etwas frangioser Mische, etwas Bohemelchen und etwas Fäulung. Die Handlung ist also erfindungsarm zu nennen; nicht so dagegen der Dialog. Da heute ist es von wahren Geistesreichtum und sein poetischer Gegenstand. In der Zirkelle haben wir es mit einem Mädchen zu tun, halb Kind, halb Weib, aber beides nicht voll. Sie stammt aus dem Mittelstand, ist Analphabetin, kennt weder Vater noch Mutter. Ein echtes Naturkind ohne jede Bildung, aber mit Mutterwitz und einem guten Kern in dem arg verhäutelten Gesicht. Es liest ein Stück italienischer Kulturgeschichte in dieser Welt mit dem zurhausevertragenen Logarithmus, das uns fremdartig anmutet, in Italien aber fast unauflösliche Tradition ist noch aus der Zeit der Reichen Wirtschaft her, die auch von feilbolschen Kennern wie dem Piarer Hanshof im vollen Umfang ausgeübt und befaßt wird. Wir haben also im Scampolo keine Ausnahme, sondern einen Typus vor uns. Noch 1900 haben in Italien 50 Prozent aller ehegeschlossenen Frauen ihren Ehekontrakt mit einem Kreuz unterzeichnet, und man darf annehmen, daß noch heute ein Viertel der Bevölkerung Analphabeten ohne Schulbildung bleibt. Besonders die Frauenbildung „ersetzte“ sich früher einer gänzlich vernachlässigung. Im Kirchenstaat hat man es für überflüssig gehalten, daß die Mädchen aus einfachen Kreisen schreiben lernen. Die schreiben ja doch nur Liebesbriefe, sagte man.

Die Aufführung war von Herrn Herz als Spielleiter gewissenshaft und mit regem Sinn für das Humorige ausgeführt. Die acht Darsteller schufen alleamt gute Lustspieltypen mit z. T. echten Laolsachen, wie die nervöse Kabarettfängerin des Hrn. Koozin a. u. n. und der Carlo Venini des Herrn Höder, der sich eine Rolle à la Vittorio Emanuele gemacht hatte. Alwine Müller als Frau Venini wies die gewohnten feingehaltenen und liebenswürdigen Züge auf, durch die sich in gleicher Weise Herr v. d. Red. M. u. r. i. auszeichnete. Der Scampolo des Hrn. Clement war einfach zum Entzücken. Schon im ersten Akt als Mannleinange hatte sie die Sympathie des Hauses, die sie rein bis zum Schluß. Sie verband das jugendhafte Gebraten mit dem Unkümmerl-Innenschichten des naiven Kindes, das Schwarzhaarig-Köpfchen mit dem prächtigen Hagen der Wänerin zu einem lebendigen Gesamtbild von höchster Realität. Sie war die gefeierte Heldin des Abends und führte das kurze Stückchen vor einem gewählten Publikum zu einem schönen Erfolg, der sich in ungezählten Hervorrufen ausloste.

Der Zielten ließ für seinen Don José wegen harter Erhaltung um Nachsicht bitten. Die Frage, wie nun bei den Operaufführungen jeweils abgesehen wird, ist schon längst bei den Theaterbesuchern zu einem beliebigen Frage- und Antwortspiel geworden. Vielleicht liege sich die Sache auch finanziell ausnutzen, in der Form, daß die Theaterleitung einen Wettbewerb einrichtet mit so und so hohen Sätzen je nach der Prominenz des betr. Künstlers, es ließe sich da u. c. ein schönes Stück Geld verdienen. Man ermäge unsern Vorschlag. Wie lange es aber die Oper und damit das Theater bei dieser chronischen Misgeret noch aushalten wird, ist eine andere Frage. Ueber die Angewandtheit des Spielplans herrscht bereits starke Mißstimmung unter den Theaterfreunden und wie das künstlerische Niveau sich gehalten bei diesen andauernden Umbesetzungen, Neubesetzungen, Gastausschüssen usw. darüber braucht kein weiteres Wort verloren zu werden. Auf keinen Fall kann dieser Zustand lange mehr weitergehen. — Herrn Zielten ist es hoch anzuerkennen, daß er trotz seiner starken Belastung nicht oblagte, der Sängere ist zuverlässig und von vorbildlicher Gewissenhaftigkeit; wozu hielt er bis zum Schluß seiner umfangreichen und anstrengenden Partie durch. Als Gormen sprang seine Gattin ein, wir vermuten, ohne Probe und unvorbereitet, denn besonders das Spiel ließ manche Wünsche offen; das Temperamentvolle, Leidenschaftliche, Dramatische dieser süditalienischen Männerjägerin war meist nur äußerlich angedeutet, das innerliche Mischen und Mitstreichen ließ Frau Zielten vermissen. Aber trotzdem: Denn ihr, daß sie so hübsch einprang. — Gejanglich am besten in der ganzen Aufführung war Hrn. Stecher's Kriemsa, sowie Herrn Püttner's Scampolo. Glänzend, wie gewohnt, voll hinreißendem Schwunge war das Orchester unter Herrn Coriolis's Führung.

Die erste Vertikalsvorstellung nach den Feiertagen brachte die Oper Wagners unverwundliche „Lohengrin“ heraus, bei vollbesetztem Hause. Die bei unserer Oper unermessliche Ab- sage kam dieses Mal von der Darstellerin der Titelrolle und

Das 3. Donaueschinger Kammermusikfest zur Förderung zeitgenössischer Tonkunst soll, falls genügend aufführungsbereit Material eingehet, Ende Juli nächsten Jahres stattfinden. Alle Einwendungen sind bis 15. Februar 1923 unter Beifügung des Müddportos zu richten an die Musikabteilung der Reichl. Fürstberg. Hofbibliothek zu Donaueschingen (Baden).

Preussische Volksbücherei-Vereinigung. Zur Förderung des preussischen Volksbüchereiwesens hat sich in den letzten Monaten eine Preussische Volksbücherei-Vereinigung gebildet, die die Sammlung aller in Preußen in und für die vollständige Büchereilähigen Kräfte erstreckt. Die Vereinigung wird mit den barmherzigen Kräfte und Beiträgen im Volksbüchereiwesen Gesamtdaustand's Verbindung suchen, aber eine selbständige Organisation im Dienste der Lebensnotwendigkeiten des preussischen Volksbüchereiwesens sein. Der Vereinigung sind sofort eine große Anzahl von Volksbibliothekaren und Volksbibliotheken aus allen preussischen Landesteilen beigetreten; der vorläufige geschäftsführende Ausschuss besteht aus den Stadtbibliothekaren Dr. Angermann (Dagau), Danna Meuter (Köln), Dr. Helene Nathan (Münster), Tr. Kenfen (Damen), Dr. Neuter (Köln), Dr. Zehetkopen (Köln). Alle Anfragen werden erbeten an die Geschäftsstelle, Köln, Fußgasse 2a.

Jugend und Sport

K. Reithen I - Scheller-Sportverein Durlach 1.0.2. Beide Mannschaften überaus tüchtig...

K. Stittgart - Weisburg I - A.S.F. Durlach 1.0.6. Das Spiel fand am 26. Dez. statt und wurde von beiden Mannschaften...

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Jussuf el Fanit Der Wüstenräuber.

Freitag, den 29. Dezember 3422 Landestheater Konzerthaus...

Badisches Landestheater. Im Landestheater Sa. 30. * Abonn. A. II. Improvisationen im Juni 7. (450.-)...

Bad. Konfervatorium I. Musik Karlsruhe mit Opern- und Schauspielschule...

Dankagung. Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unserer unbegleiteten Anna...

Sylvester-Scherzartikel

offiziert Pakuv, G. m. b. H. 6158 Neuheiten-Fabrik Karlsruhe (f. Baden) Preisliste zu Diensten. Kaiserstr. 14a.

Zimmer-Uhren. Besichtigung gerne gestattet. Rich. Kittel Uhrmachermeister...

Gold u. Silber-Schmelze. Brenn & Co. Hirschstr. 10, Ecke Kaiserstr. Tel. 2391...

Kinderland. Dies gute und schöne Mädchen ist zum Organisationspreis von 100.- Mark...

Bestimmungen der Redaktion

101. Da eine Beantwortung möglich ist, ist immer zu bezeichnen. Wenn Sie aber keine Beantwortung wünschen...

Sprechstunde

Karlsruhe, Karl-Wilhelmstrasse 36 Freitag und Samstag 9-5 Uhr...

Weihnachtsfeier

Der Bezirksrat Karlsruhe hat in seiner heutigen Sitzung die Dankbriefe zur Verrechnung der eingehenden Briefe...

Theod. Zenker Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme, Sport-Artikel, Umformen alter Hüte.

Wiener Hof

Freitag abend 8 Uhr ABSCHIEDS-FEIER des seitherigen Gastwirts Emil Späth.

Sport-Artikel

Sport-Haus Brannath Karlsruhe Burscher Tor. Jede Art Preisverleihung...

Gänselebern

500 Mark Kauf. (Schwaben, Stallhof, Bergl) 3-4 qm, im Zentrum der Stadt...

Kein Laden

Verkauf aller Sorten Schuhwaren. Gelegenheitskauf! Anzugstoffe...

Rechtsanwaltschaft

Rechtsanwalt Dr. G. B. B. Karlsruhe. Für den Bedarfsfall bitte aufbewahren!

Weihnachtsfeier

Montag, den 1. Januar 1921. Nachmittags 3 Uhr, findet im 'Gottesauner Schilde'...

Steuerveränderungen für das Kalenderjahr 1923

1) Für das Kalenderjahr 1923 werden neue Steuerhöhere ausgeben; die alten werden also ab 1. Januar ungültig...

Städt. Freibank

Städt. Freibank. Geschäftsabgabe. Samstag 9-10 Uhr 2851-3000.

Gänselebern

Gänselebern. 500 Mark Kauf. (Schwaben, Stallhof, Bergl) 3-4 qm...

Kein Laden

Verkauf aller Sorten Schuhwaren. Gelegenheitskauf! Anzugstoffe...

Sacco-Anzüge, Manich.-Sport-Anzüge

Sacco-Anzüge, Manich.-Sport-Anzüge, leichte und schwere Joppen, Arbeitswesten...

Bereinsanzeiger

Bei 5 und mehr Seiten. Bei 70- die Zeile (Bereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)...

Durlacher Anzeigen

Sonder-Ausgabe. Hr. Sander, Samstag, den 30. Dezember von 1 Uhr ab, sämtliche Kunden: 1. Feinster...

Stuttlinger Anzeigen

Brockarten-Ausgabe. Die Ausgabe der Brockarten findet statt am Dienstag, den 2. Januar 1923...

Baden-Baden

Folgende Anzeigen der Stadt Baden-Baden werden auf Grund der Anzeigenbedingungen zur Heinszahlung gefälligst:

Stadterrechnung

Stadterrechnung. Baden-Baden, den 28. Dezember 1922. Der Oberbürgermeister.

Bruchfaler Anzeigen

Der Mundzucker. für Dezember kann bis 13. Januar 1923 bezogen werden...

Offenburger Anzeigen

Offenburger Anzeigen. Festsetzung der geschätzten Miete betr. die Aufschläge zur Grundmiete...

Offenburger Anzeigen. Folgende Aufschläge werden hiermit öffentlich bekannt gegeben.